



Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt Göttingen am 08.04.2011

„Verantwortung tragen – für die Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen aus Nordafrika und dem Nahen Osten“

Der Rat der Stadt möge folgenden Antrag beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen ist entsetzt und beschämt über die Untätigkeit der Landes- und Bundesregierung bei der Bewältigung der Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika und dem Nahen Osten. Der Rat der Stadt Göttingen kritisiert den Umgang mit diesen Menschen auch im Zusammenhang mit ihrer Aufnahme auf der italienischen Insel Lampedusa und die von der EU unterstützten rechten Regierung von Italien.

Es ist widersprüchlich, wenn die Landes- und Bundesregierung den Widerstand gegen diktatorische Regime begrüßen, die sie zum großen Teil aktiv mit wirtschaftlichen Beziehungen und Waffenexporten unterstützt hat, sich aber aus der eigenen Verantwortung stiehlt, wenn Menschen durch diese deutsche Politik dabei in Not geraten und auf der Flucht sind.

Der Rat der Stadt Göttingen fordert die Bundesregierung auf, sich der Verantwortung zu stellen und Flüchtlinge aus den oben genannten Krisenregionen aufzunehmen. Weiterhin fordert der Rat der Stadt Göttingen und die Landesregierung auf, sich öffentlich und mit Nachdruck für eine Aufnahme dieser Flüchtlinge stark zu machen und im Lager Friedland nötige Vorbereitungen für eine kurzfristige Aufnahme dieser Menschen in Not bis zu ihrer dezentralen Unterbringung in niedersächsischen Kommunen zu treffen.

Inhaltliche Grundlage hierfür ist unter anderem der Appell von PRO ASYL und medico international an die Bundeskanzlerin (siehe Begründungstext dieses Antrags).

Dieses vorausgesetzt erklärt sich der Rat der Stadt Göttingen im Gegenzug dazu bereit, Flüchtlinge aus diesen Krisenregionen in seiner Stadt aufzunehmen. Die Verwaltung der Stadt Göttingen trifft dann unverzüglich die notwendigen räumlichen Voraussetzungen, damit diese Menschen aufgenommen werden können.

Begründung:

Die sich als weltoffene und liberal (im Wortsinne) verstehende Stadt Göttingen mit einer weltweit bedeutenden Universität, an der auch viele Menschen aus dem Nahen Osten und aus Nordafrika studiert oder promoviert haben, an der Menschen aus diesen Regionen lehren, muss ein Zeichen der Solidarität mit den in Not geratenen Menschen aus den aktuellen Krisenregionen setzen.

Angesichts der großen humanitären Katastrophe, die sich in den Flüchtlingslagern in Tunesien, Ägypten und auf Lampedusa abspielt, können wir nicht so tun, als ob unser Land damit nichts zu tun hätte.

Jahrelang wurden die Länder in Nordafrika – und nicht nur dort – allein unter als dem Gesichtspunkt von Rohstofflieferanten, Urlaubsparadiesen und Stabilitätsgaranten gesehen. Die dort lebenden Menschen kamen in diesem Bild nicht vor.

Erst durch ihre Aufstände Anfang dieses Jahres rückten sie in das Bild der medialen Öffentlichkeit. Wir alle versuchen, ihre Verzweiflung zu verstehen und bewundern ihren Mut.

Viele hier haben bis heute nicht verstanden, was da eigentlich passiert ist. Und auch wir müssen uns manchmal eingestehen, einfach ratlos zu sein.

Noch Anfang März berichteten die Medien über große Flüchtlingswanderungen aus Libyen nach Tunesien und Ägypten, aktuell wird nur noch im Brüsseler Bürokratenchinesisch über „illegale Einreise“ nach Lampedusa berichtet. Einreise – das klingt nach Traveler-Cheques und Reiserücktrittsversicherung. Wir wissen aber alle, dass es sich hier um eine wahre Katastrophe handelt.

Wir verweisen auf die Initiative von „pro Asyl“ und „medico international“ an und unterstützen mit der Annahme des vorliegenden Antrags ihren Appell, den wir im folgenden dokumentieren:

Appell von PRO ASYL und medico international an die Bundeskanzlerin

PRO ASYL und medico international wenden sich in einem [gemeinsamer Appell an die Bundeskanzlerin](#) und fordern eine koordinierte europäische Flüchtlingsinitiative angesichts der anhaltenden Gewalt in Libyen.

Seit dem 20. Februar überquerten mehr als 200.000 Flüchtlinge und Migranten aus Libyen die Grenzen nach Tunesien und Ägypten. Täglich kommen Tausende hinzu. Die Situation spitzt sich zu. Schwer bewaffnete Gaddafi-Truppen kontrollieren die Grenze – die Flucht aus Libyen ist lebensgefährlich. Am 11. März haben sich die EU-Regierungen zu einem Sondergipfel zu Libyen getroffen. PRO ASYL und medico international wenden sich in einem gemeinsamen Appell an die Bundeskanzlerin. **Unterstützen Sie unsere Forderungen an die Bundeskanzlerin Angela Merkel!**

PRO ASYL und medico international sind in großer Sorge um die in Libyen gestrandeten Flüchtlinge aus Eritrea, Somalia, Tschad und anderswo. Sie stehen nun zwischen allen Fronten. Antonio Guterres, der UN-Flüchtlingskommissar, forderte die Evakuierung und Aufnahme dieser schutzlosen Menschen. Die EU muss die Flüchtlinge retten und in Europa aufnehmen. Fordern Sie persönlich die Bundesregierung mit unserer E-Mail-Aktion „Fluchtwege nach Europa öffnen - Flüchtlinge aufnehmen!“ zum Handeln auf.

Wir fordern:

- dass die über 11.000 von UNHCR in Libyen registrierten Flüchtlinge gerettet, evakuiert und in Europa aufgenommen werden – ein Teil auch in Deutschland.
- dass zügig eine solidarische und menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen in Europa organisiert wird. Keinesfalls dürfen Flüchtlingsboote auf dem Meer zurückgewiesen oder abgedrängt werden.
- dass Tunesien und Ägypten jede erdenkliche Hilfe erhalten.

Aus: <http://www.proasyl.de/de/home/aktion-fluechtlinge-aus-libyen-aufnehmen/>